



RECHTSSCHUTZANTRAG

von der Mitgliedsgewerkschaft auszufüllen
Aktenzeichen Gewerkschaft: _____

I. Persönliche Daten

Name:	geb. am:
Adresse:	
Telefon (privat):	Fax (privat):
Telefon (dienstl.):	
Telefon Mobil:	E-Mail (privat):

II. Angaben zum Status:

Dienstherr/Arbeitgeber (Name und Anschrift):		
<input type="checkbox"/> Beschäftigte/r	<input type="checkbox"/> Beamter/Beamtin	
Entgeltgruppe:	Besoldungsgruppe:	
	Amts-/Dienstbezeichnung:	
<input type="checkbox"/> Vollzeit (_____ Wochenstunden)	<input type="checkbox"/> Teilzeit (_____ von _____ Wochenstunden)	
<input type="checkbox"/> Rentner/in	<input type="checkbox"/> Ruhestandsbeamter/in	
<input type="checkbox"/> Bundesbedienstete/r	<input type="checkbox"/> Landesbedienstete/r	<input type="checkbox"/> Kommunalbedienstete/r

III. Angaben zum Rechtsschutzantrag:

Rechtsschutz	<input type="checkbox"/> Beratungsrechtsschutz	<input type="checkbox"/> Beratungs- und Verfahrensrechtsschutz
Rechtsschutz wird gewünscht im:	<input type="checkbox"/> Arbeitsrecht	<input type="checkbox"/> Strafrecht
	<input type="checkbox"/> Dienstrecht	<input type="checkbox"/> Sozialrecht
		<input type="checkbox"/> sonstiges Zivilrecht (Schadensersatz, Schmerzensgeld o.ä.)
Fristsache <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	Fristende (falls bekannt):	
Was ist das Rechtsschutzziel , welche Ansprüche sollen durchgesetzt werden?		
Beschreibung des zu Grunde liegenden Sachverhalts (Was ist bisher passiert?) ggf. gesondertes Blatt verwenden:		
Die den Rechtsschutzfall betreffenden wesentlichen Unterlagen sind beizufügen (siehe Checkliste).		

Mitglied bei:	Rechtsschutz gewährt von einer Mitgliedsgewerkschaft oder einem Landesbund des dbb beamtenbund und tarifunion gem. §§ 2 und 3 der dbb Satzung
Eintrittsdatum:	
Mitgliedsantrag vom:*	
* Angabe nur erforderlich, wenn Mitgliedschaft weniger als 12 Monate besteht	_____ Datum, Stempel und Unterschrift Mitgliedsgewerkschaft

Erklärung / Einwilligung des Einzelmitglieds zum Rechtsschutzantrag:

Ich bin Mitglied bei:

seit (Eintrittsdatum TT/MM/JJ):

Bei Strafverfahren: ein behördlicher Antrag

 wurde gestellt

 wird gestellt

Private Rechtsschutzversicherung besteht

 ja

 nein

Hiermit verpflichte ich mich, im Falle einer erfolgreichen Vollstreckung die vom dbb beamtenbund und tarifunion verauslagten Verfahrens- und Vollstreckungskosten an den dbb beamtenbund und tarifunion zu erstatten.

Sofern mir ein Kostenerstattungsanspruch für vom dbb beamtenbund und tarifunion verauslagte Kosten entsteht, bin ich verpflichtet, den daraus resultierenden Betrag an den dbb beamtenbund und tarifunion zu zahlen. Dieselbe Pflicht besteht in Bezug auf nichtverbrauchte Gerichts- und Kostenvorschüsse, z. B. in Fällen

- der Mandatsniederlegung,
- des Entzugs oder der Nichtweitergewährung gewerkschaftlichen Rechtsschutzes oder
- der sonstigen (vorzeitigen) Verfahrensbeendigung.

Der dbb beamtenbund und tarifunion erhebt im Auftrag seiner Mitgliedsgewerkschaften zum Zwecke der Durchführung des Rechtsschutzes Daten. Hierzu ist er auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen berechtigt. Sie haben jederzeit die Möglichkeit zu erfahren, welche Daten wir erhoben haben. Auf das mögliche Beschwerderecht hinsichtlich der Datenerhebung weisen wir Sie hin. Beschwerden nimmt der/die Datenschutzbeauftragte des dbb beamtenbund und tarifunion unter datenschutz@dbb.de entgegen. Darüber hinaus steht Ihnen ein Beschwerderecht bei der/dem Landesdatenschutzbeauftragten Ihres Landes zu. Die Adresse erfahren Sie unter www.bfdi.bund.de. Weitere Informationen erhalten Sie unter: www.dbb.de/servicebereich/datenschutz.html.

Mit der Weitergabe des Schriftverkehrs, der im Rahmen der Rechtsschutzgewährung anfällt, an meine Mitgliedsgewerkschaft bzw. an den zuständigen Landesbund bin ich entsprechend § 8 Abs. 4 und 5 der Rahmenrechtsschutzordnung für den dbb beamtenbund und tarifunion und seine Mitgliedsgewerkschaften einverstanden.

Ich habe von den Hinweisen zum dbb Rechtsschutz und zur Datenverarbeitung in den dbb Dienstleistungszentren, insbesondere von der Pflicht zur Auskehrung des Kostenerstattungsanspruchs bzw. des nicht verbrauchten Gerichtskostenvorschusses an den dbb beamtenbund und tarifunion Kenntnis genommen und bin hiermit einverstanden.

 Ort, Datum

 Unterschrift Einzelmitglied

E-Mail-Korrespondenz

Ich wünsche die Übersendung des gesamten Schriftwechsels in meinem Rechtsschutzfall per E-Mail und erteile hiermit meine Einwilligung, dass der dbb beamtenbund und tarifunion, das zuständige Dienstleistungszentrum und meine Fachgewerkschaft mit mir und untereinander per E-Mail korrespondieren und Unterlagen übersenden. dbb beamtenbund und tarifunion, das zuständige Dienstleistungszentrum und meine Fachgewerkschaft nutzen den Standard Transport Layer Security (TLS) als Transportverschlüsselung von E-Mails. Sofern mein Provider es unterstützt, werden die E-Mails auf dem Weg vom E-Mailserver des dbb zu meinem Provider verschlüsselt übersandt. Es handelt sich hierbei nicht um eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung, die E-Mails liegen unverschlüsselt auf den E-Mailservern des dbb und meines Providers. Mir ist bekannt, dass ich meine Einwilligung jederzeit widerrufen kann. Ich erhalte dann den Schriftwechsel per Post.

 Ort, Datum, Unterschrift